

Berlin, Montag, Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis: Vierteljährlich für Berlin 7 Mk., 50 Pf., ohne Botenlohn, für ganz Deutschland 9 Mk., 40 Pf., Ausland 13 Mk., 80 Pf., Ausland 4 Rub. 55 Kop., Holland 7 fl. 50 Gts.

für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika usw. Kreuzband-Verbindung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen für England in London bei Aug. Stegle 30 Lime Street E.C. und Cowie & Co. 19 Gresham Street E.C.

Telegramm-Adresse: Börsekrone.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Inserate: In der Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen Verdingungs-Anzeiger, Hotels- und Bäder-Anzeiger, Vollständige Zeichungslisten der Preussischen Klassen-Lotterie, Allgemeine Fortpflanzungsstellen mit Bestanden-Listen und viele andere wichtige tabellarisch-übersichten.

Inserions-Gebühr: Die viergespaltene Zeile 50 Pf. Restamtzeit 1 Mk. Fernsprecher: Amt 1, Nr. 248.

Vom Tage.

Auf den Präsidenten Fallières ist am 25. ds. ein Ueberfall verübt worden. Der deutsche Botschafter Fürst Adolfin brachte im Ministerräthchen seine Entrüstung über den Ueberfall zum Ausdruck.

Der französische Ministerrat stimmte den Maßnahmen für den Uebergang der Westbahn in den Besitz des Staates vom 1. Januar n. J. ab zu.

In der russischen Reichsduma hielt Tswolski am Freitag seine angekündigte Rede über die Ziele der russischen Politik.

Die Wahl Ahmed Nizaz zum Präsidenten der türkischen Deputiertenkammer ist durch kaiserliches Erbe bestätigt worden.

Tswolski über die russische Politik.

In der Freitag-Sitzung der russischen Reichsduma hat der russische Minister des Aeußern Tswolski die lange erwarteten Erklärungen über die Ziele der russischen Politik abgegeben, und wenn er damit im allgemeinen nichts Überraschendes Neues vorbringen konnte, so haben doch seine Ausführungen in Verbindung mit der bekannnten letzten Zielartikeln die politische Situation, namentlich soweit es sich um die Haltung Rußlands zu den schwebenden Balkanfragen handelt, wesentlich geklärt. Besonders Interesse beansprucht das Zugeständnis des Ministers, daß trotz aller früheren Ablehnungen Oesterreich-Ungarn sich mit vollem Rechte auf das Abkommen mit Rußland von 1877 berufen könne. Im übrigen konstatierte Tswolski nur von neuem, daß sich Rußland als Vormacht der slavischen Völkerstaaten fühle und demgemäß zu operieren entschlossen sei.

Zu Beginn der Sitzung der Duma war das Haus stark besetzt. Die Diplomatenlogen, die Tribünen der Journalisten und für das Publikum waren überfüllt. In der Ministerloge war das gesamte Kabinett anwesend. Nachdem der Referent den Bericht der Budgetkommission über den Etat des Auswärtigen vorgelesen hatte, nahm der Minister des Aeußern Tswolski das Wort: Der Optimismus, mit dem er im vergangenen Winter in der Duma auf die Gestaltung der Dinge im Stillen Ozean hingewiesen habe, habe sich bewahrheitet. Das amerikanisch-japanische Abkommen sei ein neues willkommenes Glied in der Kette internationaler Abkommen zur Aufrechterhaltung des status quo an den Küsten des Stillen Ozeans und zur Sicherung des freien internationalen Handels und der Wahrung der Integrität und Unabhängigkeit Chinas. Er, der Minister, könne zuversichtlich behaupten, daß in dieser Richtung keinerlei Verwicklungen zu erwarten seien.

Ueber das englisch-russische Abkommen, das eine notwendige und natürliche Ergänzung des russisch-japanischen bilde, wolle er nur sagen, daß es in den verflochtenen Wirren bereits eine sehr ernste Prüfung überstanden habe. Hinsichtlich Persiens bezwecke die russische Politik die Aufrechterhaltung historischer freundschaftlicher Beziehungen und der russischen Handelsinteressen, vornehmlich in den persischen Nordprovinzen. Jede Verletzung der Integrität und Unabhängigkeit Persiens, sowie Einmischung in die inneren Angelegenheiten liege Rußland durchaus fern. Eben diese Prinzipien lägen dem Abkommen mit England zugrunde, mit dem Rußland in den persischen Angelegenheiten in voller Einmütigkeit handle. Beide Staaten seien jederzeit bereit, Persien zu helfen. Eine schnelle Klärung sei für Rußland um so wichtiger, als die Wirkung der persischen Krise am empfindlichsten in dem angrenzenden Aserbeidschan veripürt werde, wo der russische Handel bedeutend leide. Das englisch-russische Abkommen, das genau bestimmte, konkrete Fragen betreffe, sei für Rußland

auch vom allgemeinen Standpunkt sehr wichtig, indem es zwischen beiden Mächten völlig freundschaftliche und vertrauensvolle Beziehungen herstelle. Mit tiefer Genugtuung konstatierte Redner, daß seine auf Befestigung der Allianzbeziehungen zu Frankreich gerichteten Bemühungen von Erfolg gekrönt waren, und Rußland und Frankreich in allen Fragen der Weltpolitik in voller Uebereinstimmung handelten. Das hinderte Rußland aber keineswegs, auch zu anderen Mächten freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten und sich ganz und gar der Ansicht des Fürsten Bälów anzuschließen, daß die russische Politik keine Spitze gegen Deutschland richte, daß im Gegenteil zwischen Rußland und Deutschland die alten freundschaftlichen Beziehungen gewahrt blieben. Er konnte auch die Versicherungen des Fürsten Bälów bestätigen, daß zwischen Rußland und England neuer öffentliche noch geheime, gegen die deutschen Interessen gerichtete Abkommen beständen.

Die jüngste Annäherung Rußlands und Italiens sei die natürliche Folge gemeinsamer Interessen beider Länder an der Wahrung des territorialen status quo auf dem Balkan und der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit der Balkanstaaten. Er wies der Annäherung an Italien großen Wert bei und sei überzeugt, sie werde eine friedliche und gerechte Lösung der auf der Tagesordnung stehenden wichtigsten Fragen wesentlich fördern. (Wraol) Die letzten Jahre hätten bewiesen, daß Rußland ein wichtiger Faktor des europäischen Gleichgewichtes sei und daß seine, wenn auch nur zeitweilige Schwächung durchaus nicht dem Interesse des Friedens entspreche. Besonders gefährdend wäre eine Schwächung Rußlands für die slavischen Stämme und Staatsorganismen. Den Beweis dafür, daß die russische Gesellschaft die Traditionen Rußlands nicht vergessen habe, liefere die allgemeine Kameradschaft, welche sie der Rolle der russischen Diplomatie in den Fragen der Reformen für Mazedonien zugebracht habe. Noch greifbarer sei das Festhalten an der Tradition in der Sanftschabahnfrage hervorgetreten, die Rußland die Anlauf bot, entschlossen und uneigennützig für die Interessen der Balkanstaaten einzutreten. Dabei habe sich erwiesen, daß Rußland auf die Unterhükung einiger anderer Staaten rechnen könnte. Gleich entschieden und uneigennützig handelte Rußland in der Frage der Reformen für Mazedonien. Der Minister ging dann auf die Wiederherstellung der Konstitution in der Türkei ein. Der neuen türkischen Staatsordnung sei die Gleichberechtigung der christlichen und muhamedanischen Bevölkerung zu Grunde gelegt. Die Duma wisse, wie die russische Regierung diesem Ereignis gegenüber gemeinsam mit allen Mächten sich verhalten habe, die eine friedliche Lösung der Krise auf der Balkanhalbinsel wünschte. Der Minister betonte, daß auch auf der Balkanhalbinsel sich die Dinge offenbar günstig gestalteten. Es sei vielleicht ein erster Fall in der Geschichte, daß Rußland in seiner Aktionsweise gegenüber den Vorgängen in der Türkei auf die Einmütigkeit selbst derjenigen Mächte rechnen könnte, die früher Rußland gegenüber Mißtrauen und Mißgunst an den Tag gesetzt hätten. Der Minister ging hierauf auf die Angliederung Bosniens und die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens über. Die Stimme der russischen Gesellschaft fordere dringend einen Protest der Regierung gegen die Annexion. Bezüglich der gegen ihn gerichteten Angriffe erklärte der Minister, wer von ihm einen scharfen Protest gegen die Annexion fordere, glaube offenbar, daß der russische Minister des Aeußern in dieser Frage unabhängig von vorher eingegangenen Verpflichtungen handeln könne. Leider sei dem nicht so. Der Kaiser, der die Vergangenheit bedede, sei jetzt ein wenig geküßt. Wenngleich das durch fremde Indiscretionen geschehen sei, so könne er, der Minister, nicht die Authentizität der veröffentlichten Dokumente der Budapester Kon-

vention von 1877 und der Berliner Deklaration von 1878 in Abrede stellen. Das Urteil über diese Akte gehöre der Geschichte an; des Ministers Sache aber sei es, mit ihnen und auch noch mit einer Reihe späterer diplomatischer Abkommen zu rechnen, von denen einige zweifellos ihre Kraft verloren, andere aber gewissermaßen noch immer die Freiheit der russischen Diplomatie einengten. Unter solchen Umständen sei es nicht schwer, einzusehen, zu wem für Rußland gefährlichen Folgen ein Protest geführt hätte. Einen Protest aber erklären, ohne die Absicht, ihn, wenn nötig, mit den Waffen zu unterstützen, sei der größte politische Fehler, den er nicht habe begehen wollen. Wenn Rußland auch kein persönliches Recht habe, allein zu protestieren, so habe es doch das Recht, ja die Pflicht, auf den internationalen Akt hinzuweisen, der die Lage Bosniens bestimmt, auf den Berliner Vertrag. Trotzdem dieser eine gute Hälfte der Resultate vernichtet habe, die Rußland für die slavischen Völker erreicht hatte, habe es 30 Jahre lang nicht daran gerührt. Wenn jetzt aber eine der Mächte sich entschlossen habe, eine Abänderung eines für sie unvorteilhaften Artikels des Berliner Vertrages anzugehen, und Rußland nicht verhindern könne, so falle ihm die moralische Pflicht zu, auf andere Artikel des Vertrages hinzuweisen, die für Rußland unvorteilhaft und beengend seien, besonders aber für die Balkanstaaten und die Türkei. Die Stellung Rußlands, welchem die Mehrheit der Mächte sich angeschlossen, habe von selbst auf den Gedanken einer Konferenz geführt. Der Konferenzgedanke gehe aber nicht von ihm, Tswolski, sondern von der Türkei, als den unmittelbar Geschädigten, aus. Eine Konferenz brauchten alle, für die die Wahrung des Prinzips wichtig sei, daß Verträge nicht abgeändert werden können ohne Zustimmung der Signatarmächte; Rußland dürfte auf die Zustimmung, wenn nicht aller, so doch der Mehrzahl der Mächte rechnen. Dabei habe Rußland durchaus nicht eine unfreundliche Haltung gegen Oesterreich-Ungarn angenommen.

Nach Mitteilung des Inhaltes der jüngsten Signalarbepfe an die Vertreter Rußlands in den Signatarmächten wies der Minister sodann darauf hin, daß Rußland seit Beginn der Krise nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit England und Italien im Einverständnis gehandelt habe. Die Türkei könne bei den Verhandlungen auf Rußlands Sympathien für ihre gerechten Forderungen rechnen. Auch Oesterreich-Ungarn, das eben einen Beweis seiner verflochtenen Stimmung gegeben habe, und das mit ihm solidarische Deutschland würden sich für eine Lösung der Streitfragen aussprechen, die den allgemeinen Frieden fördere. Rußland trete in die Verhandlungen ohne egoistische Absichten ein und es werde auf die Wahrung des für alle nötigen Friedens bedacht sein. Auf Rußlands Initiative sei in das Konferenzprogramm der Punkt über Vergünstigungen für Serbien und Montenegro übernommen. Mit warmer Teilnahme verhalte sich Rußland auch zu Bulgarien. Bulgarien habe allerdings gegen die eindringlichsten Ratsschläge Rußlands gehandelt; doch könnte Rußland nicht umhin, mit dem von ihm geschaffenen Bulgarien zu sympathisieren. Daher sei auch Rußland bemüht, ein gerechtes Abkommen zwischen Bulgarien und der Türkei möglichst schnell herbeizuführen. Bulgarien sei verständig, daß Rußlands fernere Haltung nicht von Bulgariens Handlungsweise in der Vergangenheit, sondern in der Zukunft abhängt, das heißt, in wie weit Bulgarien mit den übrigen Balkanstaaten solidarisch bleibe. Bulgarien, Serbien und Montenegro müßten durchdrungen sein von dem Bewußtsein der Notwendigkeit moralischer und politischer Einigkeit untereinander. Rußlands Ziel bestehe darin, diese Staaten zusammenzuschließen und mit der Türkei durch den gemeinsamen Gedanken an den Schutz ihrer nationalen und ökonomischen Selbständigkeit zu einigen. Zu eben diesem Zwecke